

Inhaltlich ist lediglich zu kritisieren, dass die international bedeutende Denkschule des Politischen Realismus auf den Strukturellen Realismus Kenneth Waltz‘ reduziert wird, wodurch der gesamte akteurszentrierte, anthropologische Realismus von Hans Morgenthau bis Henry Kissinger durchs Raster fällt. Allerdings entspricht der durchgehend feststellbare konstruktivistische Gestus im Buch der in Deutschland vorherrschenden Lehre; in Deutschland ist die Theorie der Internationalen Beziehungen (leider) von der politischen Praxis stark abgegrenzt.

Der Verfasser der Rezension begrüßt die Herausgabe dieses Lehrbuchs dennoch ausdrücklich, da er bei der Bewertung studentischer Arbeiten die häufig praktizierte künstliche Trennung von Theorie und Empirie feststellen muss. Das Vermögen, die Theorie als Werkzeug zur Analyse von Sachverhalten einzusetzen, ist oft zu gering ausgeprägt. Dieses Lehrbuch kann diesbezüglich Abhilfe schaffen und Studenten dabei helfen, theoriegestützte empirische Fallstudien anzufertigen. Deshalb ist es Studenten, aber auch dem lehrenden Personal zur Lektüre zu empfehlen.

**CHRISTOPH ROHDE**



**Simms, Brendan: Kampf um Vorherrschaft – Eine deutsche Geschichte Europas, 1453 bis heute. München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2. Aufl., 2014, 896 Seiten, € 34,99.**

Der deutsche Titel des Werkes ist verunglückt, denn er suggeriert, dass Deutschland ab 1453 um die Vorherrschaft in Europa gekämpft habe. Der Titel der englischen Originalausgabe, „Europe. The Struggle for Supremacy 1453 to the Present“, lässt hingegen ein solches Missverständnis nicht aufkommen. Aber Deutschland ist insofern zentral, als von seinem Zustand der Frieden Europas meistens abhing, sofern es in seiner inneren Schwäche eine Pufferzone zwischen den stärkeren Mächten bildete bzw. als sein hegemoniales Potenzial ab der Bildung des Hohenzollern-Kaiserreiches und dann in den beiden Weltkriegen tatsächlich in einen „Kampf um die Vorherrschaft“ umgesetzt wurde.

Damit folgt der Autor einem geläufigen Deutungsmuster, das zum *cantus firmus* einer Strukturierung der europäischen Geschichte der Neuzeit geworden ist – bietet also nichts Neues, es sei denn, man hält den Ausgangspunkt von 1453, die Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen, für originell. Denn der Sultan beanspruchte die Weltherrschaft für sich und wollte daher, vom Balkan ausgehend, das gesamte Europa unterwerfen. Zur gleichen Zeit aber gab es noch zwei ande-

re Prätendenten für die europäische Vorherrschaft, deren Politik und Kriegsführung mit dem Datum 1453 nicht zu erklären ist, nämlich Frankreich und die spanisch-habsburgische Monarchie, die hauptsächlich in Italien gegeneinander kämpften. Der Besitz des reichen Italien galt damals als ausschlaggebend für die Erringung der Vormacht, und das hatte mit dem osmanischen Vormarsch auf dem Balkan nichts zu tun. Es hatte auch nichts mit der Dominanz über Deutschland zu tun und widerspricht damit der These des Autors, dass das Schicksal Deutschlands entscheidend für das Schicksal Europas sei. Wenn die spanischen Habsburger ab den Siegen Karls V. über Frankreich die Vormacht in Europa ausübten, dann bestand doch gleichzeitig in Deutschland der Augsburger Religionsfrieden von 1555, der den Lutheranern einen gefestigten Status gegenüber den katholischen Reichsständen sicherte, also gegenüber den möglichen Partnern der Spanier. Das war deutscher Stillstand bei gleichzeitiger europäischer Hegemonie aus anderen Quellen. Die Spanier hüteten sich auch extra, in die Verhältnisse des Reiches einzugreifen und als im 17. Jahrhundert ihre europäische Vormacht nicht mehr zu halten war, hatte das nichts mit dem Reich zu tun. Der Autor, ein gebürtiger Ire, argumentiert germanozentrisch.

Er ist zusätzlich dazu entschlossen, in der Geschichtsinterpretation der Außenpolitik den Vorrang vor der Innenpolitik zu geben. Darüber lässt sich trefflich diskutieren. Aber sicherlich überzieht der Autor, wenn er in seinem Bestreben einen Zusammenhang zwischen der Eroberung von Konstantinopel und innenpolitischen Veränderungen in den europäischen Staaten herstellt. Das Signifikante an dem Datum 1453 ist vielmehr, mit welch unglaublicher

Indolenz die Staaten westlich von Ungarn und Polen sich gegenüber der osmanischen Bedrohung verhielten.

Schon eine Stilblüte streift die Parallelsierung des Ausbruchs der Französischen Revolution mit dem diplomatischen Rückzug Frankreichs aus Mitteleuropa. Ein Beispiel dazu: Das Unvermögen Frankreichs, im Bayerischen Erbfolgekrieg von 1778/79 eine ähnlich entscheidende Rolle zwischen den Kontrahenten Preußen und Österreich einzunehmen wie das Russland Katharinas der Großen. Welcher Zusammenhang soll bestanden haben, zwischen der außenpolitischen Impotenz Frankreichs im Ancien Regime und dem Sturm auf die Bastille, den Septembermorden, dem Terror Robespierres usw.?

In dem Sturm durch die jeweils nur angedeuteten Wegmarken der europäischen Neuzeit, der bei selbstverständlicher, fundamentaler Gelehrsamkeit des Autors in sonstigen Handbüchern lohnender nachzulesen ist, kommen auch Ungenauigkeiten, ja sogar Fehler vor. Der „Deutsche Bund“ von 1815 habe das „alte Heilige Römische Reich unter neuem Namen wiederhergestellt“. Das hatte er gerade nicht und sollte er nach dem Willen der Staatsmänner des Wiener Kongresses (1814/15) auch nicht – Einzelheiten müssen wir uns hier versagen.

Falsch ist, dass Frankreich auf dem Wiener Kongress zu „riesigen Reparationssummen“ verpflichtet wurde. Das geschah erst im zweiten Pariser Frieden (20.11.1815), nachdem Napoleons vorherige Wiederkehr in den „Hundert Tagen“, beendet mit der endgültigen Niederlage von Waterloo, den Kongress der Sieger über Frankreich von 1814 zu einer zügigen Beendigung seiner Arbeit gezwungen hatte. Dass der Kongress fast gescheitert wäre, da Preußen-Russland

und Großbritannien-Österreich sich über die Behandlung Sachsens und Polens nicht einigen konnten, wird vollständig ausgeblendet. Dabei hätte doch gerade dieses Junktim Sachsen-Polen (wir müssen uns wiederum Einzelheiten versagen) zum Zustand der deutschen Mitte des Kontinents viel aussagen können.

Auf die Gegenwart nach dem Fall der Berliner Mauer kommt der Autor in den letzten 60 Seiten seines Werkes zu sprechen. Auch da spannt er den Bogen viel zu sehr, wenn er die aktuell zu beobachtende Radikalisierung in der islamischen Welt bis auf den osmanischen Misserfolg der Belagerung von Wien (1683) zurückführt. 2009 werden Albanien und Kroatien in die EU „aufgenommen“ – ist das nur ein Übersetzungsfehler?

Aber interessante Gesichtspunkte weist der Schlusstext auch auf. Die EU sei „nicht für die Mobilisierung geschaffen, sondern für die Aufweichung von Macht“ – wie das späte Heilige Römische Reich, das historisch gebildete Schwärmer als ein Vorbild für das vereinigte Europa reklamieren. Die „deutsche Frage“ sei auch heute wesentlich für das Vorankommen der EU, denn „der Euro, der eingeführt worden war, um Deutschland zu zügeln, hatte es stattdessen noch mächtiger gemacht“. Und die EU sei strategisch ausgebremst nicht etwa durch den militärischen Ehrgeiz Deutschlands, sondern im Gegenteil durch dessen Fehlen. Die EU müsse zu einem kompakten internationalen Akteur werden, insbesondere auf militärischem Gebiet.

Da teilt der Professor aus Cambridge auf der so überaus europaskeptischen Insel das französische Credo von „Europe Puissance“.

**BERND RILL**



**Jesse, Eckhard / Mayer, Tilman (Hrsg.): Deutschland herausgefordert. Berlin: Duncker & Humblot 2014, 241 Seiten, € 89,90.**

Die Gesellschaft für Deutschlandforschung hatte sich in ihrer Jahrestagung 2013 das Ziel gesetzt, die wesentlichen Herausforderungen zu diskutieren, vor denen Deutschland steht. Eine erfreulich weite Perspektive, die sich auch in dem Sammelband wiederfindet, in dem diese Tagung dokumentiert ist. Er versammelt lesenswerte Beiträge, die zu weit überwiegenden Teilen faktenreich und aktuell sind und eigene Thesen und Interpretationen nicht scheuen.

Die Herausgeber geben in ihrem Vorwort die Marschrichtung vor: Die wesentlichen Herausforderungen unseres Landes können heute nicht mehr allein bewältigt werden, aber auch in Zeiten der wachsenden europäischen Einigung sind nationale Lösungen unumgänglich – „... ohne nationale Lösungen sollten wir uns auch keine Zukunft vorstellen“ (S. 9). Der (leider etwas knappe) Aufsatz von Hans-Jürgen Papier über die Zukunft der Staatlichkeit im vereinten Europa baut darauf auf. Seine These: Entweder Ausbau zum Europäischen Bundesstaat oder Zerfall Europas sei eine Scheinalternative. „Man muss vielmehr ... darauf achten, dass Europa nicht an einer Überdi-